



2017/2053(INI)

12.12.2017

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und
Lebensmittelsicherheit

für den Haushaltsausschuss

zur Reform des Eigenmittelsystems der Europäischen Union
(2017/2053(INI))

Verfasser der Stellungnahme: Ivo Belet

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit ersucht den federführenden Haushaltsausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. betont, dass im Zeitraum 2020–2030 erhebliche zusätzliche Investitionen erforderlich sind, um den Übergang zu einer nachhaltigen CO₂-armen Kreislaufwirtschaft voranzutreiben, die gemeinsam vereinbarten Ziele der Energieunion zu erfüllen und den Verpflichtungen gemäß dem Pariser Übereinkommen nachzukommen;
2. ist davon überzeugt, dass zur Erzielung greifbarer Fortschritte bei diesen wichtigen EU-Strategien und zur Verringerung der Nettoemissionen bis Mitte des Jahrhunderts auf null eine durchgängige Berücksichtigung der Klimaschutzbelange und eine gründliche Reform des EU-Haushalts unerlässlich sind; weist darauf hin, dass in Artikel 2 Buchstabe c des Übereinkommens von Paris das Erfordernis hervorgehoben wird, die Finanzströme auf das Streben nach niedrigeren Treibhausgasemissionen und nach einer gegenüber Klimaänderungen widerstandsfähigen Entwicklung abzustimmen;
3. ist der Auffassung, dass sich eine Reform des EU-Haushalts an den Grundsätzen der Subsidiarität, der Solidarität und der Nachhaltigkeit orientieren sollte, um einen effizienteren EU-Haushalt auf der Grundlage einer Kombination aus neuen und bestehenden Eigenmitteln zu erreichen, mit denen direkt und transparent zu Investitionen in Projekte mit einem klaren europäischen Mehrwert für Bürger, Unternehmen und Umwelt beigetragen wird;
4. erinnert daran, dass die Einführung neuer Eigenmittel oder anderer Arten von EU-Einnahmen den EU-Haushalt unabhängiger von den auf dem BNE basierenden Beiträgen der Mitgliedstaaten machen und zu einer Verringerung dieser Beiträge führen sollte;
5. ist der Auffassung, dass die Eigenmittel auf der Grundlage einer Elektrizitätssteuer mit dem Anwendungsbereich des Emissionshandelssystems der Europäischen Union (EU EHS) überschneiden und Bedenken hinsichtlich der Stabilität der Investitionsbedingungen und der finanziellen Belastung der Haushalte aufwerfen würden;
6. stellt fest, dass die GD Umwelt mit 284 Mio. EUR im Zeitraum 2014–2017 an zweiter Stelle steht, was die Verhängung von Bußgeldern für Verstöße gegen die EU-Rechtsvorschriften betrifft; fordert, dass die Einnahmen, die sich unmittelbar aus den EU-Umweltvorschriften und ihrer Durchsetzung ergeben, als „sonstige Einnahmen“ in den EU-Haushalt fließen und für Investitionen in Projekte bestimmt werden, die den höchsten europäischen Mehrwert im Bereich Umwelt erbringen, weist jedoch darauf hin, dass die Einnahmen aus Geldbußen keine stabile Einkommensquelle für den EU-Haushalt darstellen;
7. fordert, dass ein Teil der Versteigerungseinnahmen im Rahmen des EHS ab Phase 4 (2021) für konkrete, nachhaltige und klimaneutrale EU-Projekte wie die größtmögliche Nutzung der bestehenden und erforderlichenfalls die Entwicklung neuer grenzüberschreitender Energieinfrastrukturen (etwa zur Erleichterung der Integration erneuerbarer Energieträger), Energiespeicherung und Investitionen in bahnbrechende

Innovationen in der Industrie verwendet wird, um zu einem gerechten Übergang zu einer CO₂-armen Wirtschaft beizutragen; fordert die Kommission auf, weiter zu untersuchen, wie bestehende und künftige EU-Mittel und -Programme genutzt werden könnten, um in kohle- und kohlenstoffintensiven Regionen einen gerechten Übergang zu unterstützen; stellt fest, dass die Einnahmen aus der Versteigerung von Emissionszertifikaten voraussichtlich ab Phase 4 steigen werden;

8. spricht sich dafür aus, zu prüfen, ob mit den Einnahmen aus gemeinsam vereinbarten nationalen Regelungen für Straßenbenutzungsgebühren auf der Grundlage von Entfernung, Fahrzeit und Verkehrsemissionen zur Finanzierung von EU-Projekten beigetragen werden kann, mit denen die Entwicklung einer emissionsfreien und -armen Mobilität gefördert wird, einschließlich Anreizen für emissionsfreie und -arme Fahrzeuge, emissionsarme alternative Energiequellen für den Verkehr und nachhaltige multimodale Verkehrsmittel, insbesondere Hochgeschwindigkeitseisenbahnstrecken und emissionsarme Binnenschifffahrt; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, bei der Gestaltung von Regelungen für die Erhebung von Straßenbenutzungsgebühren die besondere Situation abgelegener und ländlicher Gebiete, die beispielsweise durch große Entfernungen und fehlende öffentliche Verkehrsmittel gekennzeichnet sind, zu berücksichtigen;
9. ist der Auffassung, dass zusätzliche Einnahmen aus emissionsabhängigen Beiträgen des Luftverkehrs innerhalb der EU insbesondere dazu genutzt werden sollten, die Forschung und Investitionen in CO₂-arme Flugzeuge in der EU zu verstärken und die effiziente Nutzung des Luftraums weiter zu verbessern;
10. ist der Auffassung, dass in Ermangelung einheitlicher internationaler Regelungen zur Besteuerung von Kerosin eine Abgabe basierend auf der CO₂-Intensität von Flügen in Erwägung gezogen werden sollte;
11. ist der Ansicht, dass Einnahmen aus künftig möglicherweise bestehenden emissionsabhängigen Schifffahrtsentgelten in den europäischen Schifffahrtssektor reinvestiert werden sollten, indem Mittel für die Erforschung und Entwicklung sauberer Technologien und umweltfreundlicher Schiffe bereitgestellt werden;
12. ist der Auffassung, dass die Einnahmen aus dem Europäischen Reiseinformations- und -genehmigungssystem (ETIAS) für Drittstaatsangehörige dazu verwendet werden sollten, in Forschung und Entwicklung im Bereich des sauberen und emissionsarmen Luftverkehrs zu investieren, die effiziente Nutzung des Luftraums weiter zu verbessern und die Mittel für die Europäische Grenz- und Küstenwache aufzustocken;
13. spricht sich dafür aus, die mögliche Einführung einer Eigenmittelquelle zu prüfen, die den Kohlenstoffgehalt der im Binnenmarkt verkauften Verbrauchsgüter, einschließlich in den Binnenmarkt eingeführter Güter, widerspiegelt, wie z. B. ein CO₂-Grenzabgabensystem oder eine CO₂-Abgabe, die schrittweise einen Teil der derzeitigen auf der Mehrwertsteuer basierenden Eigenmittel ersetzen würde.

ANGABEN ZUR ANNAHME IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

Datum der Annahme	7.12.2017
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 37 -: 7 0: 1
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Marco Affronte, Zoltán Balczó, Ivo Belet, Biljana Borzan, Paul Brannen, Soledad Cabezón Ruiz, Nessa Childers, Miriam Dalli, Angélique Delahaye, Stefan Eck, Bas Eickhout, Karl-Heinz Florenz, Gerben-Jan Gerbrandy, Arne Gericke, Jens Gieseke, Sylvie Goddyn, Françoise Grossetête, Jytte Guteland, Karin Kadenbach, Urszula Krupa, Peter Liese, Norbert Lins, Susanne Melior, Rory Palmer, Piernicola Pedicini, Pavel Poc, John Procter, Julia Reid, Annie Schreijer-Pierik, Jadwiga Wiśniewska, Damiano Zoffoli
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter	Jørn Dohrmann, Herbert Dorfmann, Luke Ming Flanagan, Martin Häusling, Krzysztof Hetman, Merja Kyllönen, Gesine Meissner, Nuno Melo, Ulrike Müller, Gabriele Preuß, Bart Staes, Claude Turmes
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 200 Abs. 2)	Norbert Erdős, Sven Schulze

NAMENTLICHE SCHLUSSABSTIMMUNG IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

37	+
ALDE	Gerben-Jan Gerbrandy, Gesine Meissner, Ulrike Müller
EFDD:	Piernicola Pedicini
GUE/NGL:	Stefan Eck, Merja Kyllönen
NI:	Zoltán Balczó
PPE:	Ivo Belet, Angélique Delahaye, Herbert Dorfmann, Norbert Erdős, Karl-Heinz Florenz, Jens Gieseke, Françoise Grossetête, Krzysztof Hetman, Peter Liese, Norbert Lins, Nuno Melo, Annie Schreijer-Pierik, Sven Schulze
S&D:	Biljana Borzan, Paul Brannen, Soledad Cabezón Ruiz, Nessa Childers, Miriam Dalli, Jytte Guteland, Karin Kadenbach, Susanne Melior, Rory Palmer, Pavel Poc, Gabriele Preuß, Damiano Zoffoli
VERTS/ALE:	Marco Affronte, Bas Eickhout, Martin Häusling, Bart Staes, Claude Turmes

7	-
ECR:	Jørn Dohrmann, Arne Gericke, Urszula Krupa, John Procter, Jadwiga Wiśniewska
EFDD:	Julia Reid
ENF:	Sylvie Goddyn

1	0
GUE/NGL:	Luke Ming Flanagan

Erklärung der benutzten Zeichen:

+ : dafür

- : dagegen

0 : Enthaltung